

Aufwärts

Bezugspreis:

Einmal wöchentlich 10 Pfennig. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile über dem Raum 25 Pfg. Restame-
nte 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 290

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 12. Dezember 1919.

Jahrgang 1.

Feuer ist mir der Freund,
Doch auch den Feind kann ich nützen;
Zeigt mir der Feind, was ich kann,
lehrt mich der Feind, was ich soll.

Amerika und die Weltpolitik.

Es lohnt sich, die tieferen Gründe für das Vorgehen unserer Feinde seit dem 2. November und den inneren Zusammenhang der politischen Vorgänge der letzten Wochen näher zu untersuchen. Die Note Clemenceaus, welche am 3. November in Berlin übergeben wurde, kann man als den Wendepunkt in Politik der Alliierten gegen uns betrachten. Es ist nicht zufällig, daß mit einem Male wieder die Brutalität in Frankreich die Oberhand bekommen hat. Die eigentümliche Mischung von Angst, Eitelkeit und Haß, aus der sich die französische Stimmung uns gegenüber zusammensetzt, ist der Mutterboden, aus dem die französischen Staatsmänner schon immer die Richtung für ihre Politik gegen uns gezogen haben. Frankreich will unter allen Umständen auf dem Festlande seine Vorherrschaft behaupten. Deshalb treibt es gegen Deutschland eine Vernichtungspolitik, und dies in einer Zeit, die so von Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsphrasen erfüllt ist. Um sich vor dem eigenen Volke zu rechtfertigen und andererseits die nationalstische Hochspannung zu erhalten, wird in der Presse ein überlautes Geschrei von den verborgenen Streitkräften, einer verkappten großen Armee und von versteckten Kriegsgeräteleagern erhoben. Man wittert auch hinter den Sicherheits- und Einwohnerwehren den Anschlag zur künftigen Befreiungsarmee. Darum sollen sie jetzt, wo sie doch gerade in Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend notwendig wären, zur Beruhigung der aufgeregten feindlichen Gemüter beseitigt werden. Angst und abermals Angst befeuert das französische Volk. Man hält die Gefangenen zurück, um sie als Druckmittel für neue Forderungen zu benutzen. Man führt in verhängnisvoller Weise die zweijährige Dienstzeit ein, um sich für alle Fälle die militärische Vorhand zu sichern.

Das würde nun freilich am besten geschehen, wenn man Deutschland gänzlich verstümmelte und die ehemalige Rheingrenze wieder herstellte. Die Angst vor dem Erstarben Deutschlands findet ihren besten Ausdruck in der Begehrlichkeit, rein deutsches Gebiet der französischen Republik einzuverleihen, und es ist recht schwer zu sagen, ob die Begehrlichkeit größer ist als die Angst, oder umgekehrt. Der führende französische Parlamentarier Parthou, ein ehemaliger Ministerpräsident, hat, wie hier bereits ausführlich mitgeteilt wurde, keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Herstellung der Rheingrenze französisches Kriegsziel gewesen ist. Clemenceau hat sich bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag vor der französischen Kammer rechtfertigen müssen, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist. Es ging aus seiner Rede ganz offen hervor, daß Frankreich nur unter dem Druck seiner Alliierten von seinen heißen, langgehegten Wünschen wieder zurückgetreten ist. Jetzt glaubt man den alten Plan wieder aufnehmen zu können. Die unsichere Haltung Amerikas in bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages wirkt auf die Haltung der Pariser Politiker zurück. So lange Frankreich durch den Völkerbund der Unterstützung Englands und Amerikas sicher war, fühlte es sich auch ohne die gewünschten Annexionen Deutschland gegenüber sicher genug. Jetzt, wo der Völkerbund durch den amerikanischen Senat in Frage gestellt wird, muß es seinen militärischen Ratgebern, welche immer für die Rheingrenze gestimmt haben, nachgeben und einen andern Kurs der Politik einzuschlagen versuchen. Der gefeierte General Foch, welcher erst vor einigen Tagen seine Bereitschaft zum Einmarsch in Deutschland versicherte, steht ungewiss hinter der Note vom 3. November. Der sogenannten Vollstreckungsklausel, wonach es der Endentscheidung nach Errichtung des Friedens erlaubt ist, angeblich unerfüllte Forderungen mit Waffengewalt einzutreiben.

Wir haben darin sicher nur den Anfang einer weit ausschauenden Politik zu sehen. Man will sich offenbar ein jederzeit wirksames Mittel zur allmählichen Durchsetzung der bisher nicht verwirklichten überspannten Kriegsziele verschaffen.

Die Behandlung des Friedensvertrages in Amerika ist freilich auch nach allem Vorhergegangenen auffallend und besonders für die Franzosen peinlich. Am 19. November wurde im Senat über den Vertrag abgestimmt. Weder der Vertrag mit den Vorbehalten der Opposition (der Republikaner und einiger Demokraten) noch der Vertrag ohne alle Vorbehalte konnte die vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit erlangen. Ein Antrag des Senators Lodge, unmittelfarbige Beziehungen zu Deutschland anzuknüpfen, wurde für eine spätere Erörterung aufgehoben. Lodge ist der entschiedenste Feind des Völkerbundes, ein streitbarer Mann, der nicht die ganze Opposition hinter sich hat. Auch die Republikaner wollten die Vorbehalte zunächst nicht als Änderungen des Vertrages betrachten, sondern sich nur für Interpretationen, für amerikanische Auslegungen ansehen, so daß der Vertrag als solcher doch hätte in Kraft treten können. Sie wollten dadurch vermeiden, daß neue Verhandlungen in der Gesamtheit der Friedenskonferenz stattfinden müßten. Aber eine derartige Auffassung ist ja völlig unzutreffend; die Vorbehalte verändern den Vertrag und besonders das Statut über den Völkerbund von Grund aus und machen den Völkerbund eigentlich unwirksam. Wenn jetzt trotzdem von dem „Temps“ ein französischer Pressfeldzug eröffnet wird, der für Annahme der Vorbehalte unter den französisch-englischen Staatsmännern Stimmung machen soll, so beweist das nur, wie Frankreich sich bis zum letzten Moment noch an den amerikanischen Rettungsanker zu klammern sucht. Man will durch dies geheuchelte Verständnis für die amerikanischen Auslegungen und das „galante“ Entgegenkommen, Amerika davon abhalten, mit uns, wie Lodge vorgeschlagen, einen Sondervertrag zu schließen.

Die Feinde des Friedensvertrages haben für ihre ablehnende Haltung zwei entscheidende Gründe. Sie wollen einmal unter allen Umständen die volle Souveränität und Entschließungsfreiheit des amerikanischen Volkes aufrecht erhalten. Es soll niemand gestattet sein, sich in amerikanische Angelegenheiten zu mischen und den Amerikanern über ihr Verhalten Vorschriften zu machen. Zum andern lehnen sie die Verpflichtung zur Einmischung in außeramerikanische Angelegenheiten ab und weigern sich dementsprechend irgendwelche Mandate des Völkerbundes zu übernehmen. Im vollen Bewußtsein ihrer durch den Krieg gewachsenen Stärke und ihres unerschöpflichen Reichtums an Bodenschätzen und Menschen, wollen sie sich nicht der Herrschaft fremder Mächte unterwerfen. Da es England gelungen ist, mit samt seinen Kolonien sechs Stimmen im Völkerbund zu erhalten, so muß man in der Stimmung Amerikas demselben beizutreten, vor allem auch die Absicht sehen, sich von englischer Bevormundung frei zu halten. Und es gibt in der Tat amerikanische Angelegenheiten und Wünsche, deren Durchführung im Verbande des Völkerbundes und unter seiner Herrschaft unmöglich wären. Das Verlangen nach Mexiko mit seinen reichen Ölfeldern ist groß. Das gespannte Verhältnis kann leicht zu einem Kriege führen. Amerika wartet nur auf den Moment, den seinen Willen zu verhängen. Es zieht alle möglichen Gründe an den Haaren herbei, um einen Vorwand zu militärischem Eingreifen, worauf man längst gerüstet ist, zu finden. Der Antrag des Senators Fall, wegen angeblich bolschewistischer Propaganda, die den Amerikanern eine große Sorge macht, die Beziehungen zu Mexiko abzubauen, ist noch nicht entschieden. Auch mit der Regelung der Schantungfrage sind die Republikaner nicht einverstanden. Sie wollen dort Japan nicht die Vorherrschaft überlassen. Am schärfsten aber ist der Gegensatz zu Japan in der Einwanderungsfrage. Dies aufstrebende Land mit seiner ungeheuren Bevölkerungszunahme, muß an den Küsten des Stillen Ozeans nach Ländern suchen, wohin es seinen Bevölkerungsüberschuß abgeben kann. Aus Furcht vor der aufstrebenden Macht der gelben Rasse, meinen sich die Anglosachsen, sowohl die Australier als auch besonders die Amerikaner, diese kleinen, jähren, arbeitsfreudigen,

gelben Leute eine Zufluchtsstätte zu gewähren. Es handelt sich hier um amerikanisch-japanische Lebensfragen. Darum ist es verständlich, daß in diesen Dingen die amerikanischen Nationalisten völlig freie Hand behalten wollen. Die von den Republikanern verfolgte Politik enthält nun freilich die Gefahr der völligen Isolierung. Deshalb macht Wilson diese Politik nicht mit. Wie weit er aber gewillt ist, den Republikanern entgegen zu kommen, darüber herrscht noch völlige Unklarheit. Die sehnlichst erwartete Botschaft an den Kongreß hat sich über die brennendste Frage der amerikanischen Politik, über die Verhandlung des Friedensvertrages ausgesprochen und auf spätere Zeiten vertröstet. Ob die Gerüchte, daß Wilson überhaupt den Friedensvertrag zurückziehen will, auf Wahrheit beruhen, läßt sich noch nicht feststellen, ist aber unwahrscheinlich. Denn es kommt ihm darauf an, endlich zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Mit einigen Vorbehalten wird auch er einverstanden sein. Sein Interesse am Völkerbundsvertrag ist augenscheinlich beträchtlich gesunken. Gestützt auf die gewaltige amerikanische Macht, hätte er gerne einen Völkerbund gewissermaßen mit monarchischer Spitze geschaffen, in dem der Präsident, welcher natürlich zugleich der Präsident der Vereinigten Staaten sein müßte, eine beherrschende und ausschlaggebende Stellung eingenommen hätte. Der Völkerbund sollte dazu dienen, die amerikanische Vorherrschaft zu sichern. Dieser Plan ist durch die englische Politik zerschanden geworden. Nicht der Präsident, wie der im Anfang des Jahres bekannt gewordene amerikanische Vorschlag wollte, sondern ein oberster Rat hat die Leitung des Bundes in der Hand. Auch Wilson ist aber nicht geneigt um der Menschlichkeit willen, amerikanische Interessen zu opfern. Dazu steht er viel zu sehr unter der Macht der amerikanischen Kapitalisten. Während man in Paris über den Völkerbund beriet, wurde in Amerika eine Militärvorlage angenommen, die den Friedensstand des Meeres um mehr als das Doppelte erhöhte und ebenso wurde eine ungeheure Vermehrung der Kriegsflotte beschlossen. Das steht weder nach ewigem Frieden, noch nach Abrüstung aus. In der Wahrnehmung der amerikanischen Interessen begegnen sich die Republikaner und der demokratische Präsident. Es wird nur darauf ankommen, daß Wilson seine Gegner überzeugt, daß die schroffe Absonderungspolitik nach den welterhöchsten und weltumfassenden Ereignissen der letzten Jahre auch für Amerika nicht mehr durchführbar ist. Amerika hat sich viel zu sehr mit den Angelegenheiten des europäischen Festlandes eingelassen, als daß es noch eine rein amerikanische Politik treiben könnte. Die Schulden Europas gegenüber Amerika betragen 15 Milliarden Dollars und das ist nach dem Stande unserer Valuta etwa 600 Milliarden Mark. Unter solchen Verhältnissen müssen die Amerikaner das Vermächtnis ihres großen Präsidenten George Washingtons aufgeben und anstelle der von ihm befürworteten rein amerikanischen Politik Weltpolitik treiben. Es zeugt von staatsmännischem Weitblick, die Notwendigkeit des neuen Kurses erkannt zu haben und Wilson wird seine konservativen Gegner zu derselben Einsicht, die er schon lange hat, bringen müssen. Im übrigen wird er ihnen auch seinerseits Zugeständnisse machen. Es steht noch immer zu erwarten, daß, wenn auch erst sehr spät, der Vertrag von Amerika ratifiziert wird. Die amerikanische Öffentlichkeit verlangt das, ist es doch schon in der Presse zum Ausdruck gekommen, daß die ablehnende Haltung des Senats eine Menschheitsbedrohung bedeutet. Aber, wenn sich auch Amerika entschließt, den Frieden zu unterzeichnen, so muß man mit einer großen Zurückhaltung in europäischen Fragen rechnen, und diese auf die Mehrheit des Volkes gestützte Politik der Vereinigten Staaten, wird natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die gesamte Weltpolitik bleiben. Amerika sollte in dem neu zu gründenden Völkerbund der stärksten Bürge für einen künftigen Frieden sein, und nun lehnt es im weiten Umfang diesen Völkerbund selbst aus unverhüllter zutage tretender kriegerischer Absichten ab. Dadurch treten neue schwere Verwicklungen in Sicht, in der ganzen Welt zieht man die nötigen Folgerungen aus der amerikanischen Sprödigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Sind unsere Feinde berechtigt, Deutschland ein Unrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten?

Von Seminarlehrer Nehm, Hiltchenbach i. M.

8. Auch Deutschlands Verhalten als Kolonialmacht und seine bisherigen Erfolge geben uns ein Unrecht auf den Besitz von Kolonien.

„Endlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß Eingeborene deutscher Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die Tradition deutscher Verwaltung und deutscher Regierungsmethoden, so wie der Gebrauch, der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo man sich auf den Weltmarkt stützen könne, machen es den Alliierten und Assoziierten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden.“ heißt es in einer Antwortnote der Feinde. Diese Begründung gemeinsten Raubes ist an erbärmlicher Scheinheiligkeit wohl nicht mehr zu überbieten; sie ist ein Prachtkind englischer Heuchelei.

Gewiß hat Deutschland, das ja erst 1884 in die Reihe der Kolonialmächte eintrat, manche „Kinderkrankheit“ auf diesem Gebiete überwinden müssen — genau wie die andern Kolonialmächte; gewiß ist diese oder jene koloniale Maßnahme angefeindet — genau wie bei den andern Kolonialmächten; gewiß war unter den deutschen Beamten und Offizieren, Anstältern und Händlern mancher, bei dem die Behandlung der Eingeborenen nicht immer mit den Forderungen christlicher Nächstenliebe übereinstimmte — genau wie bei den andern Kolonialmächten; gewiß hat sich die Unzufriedenheit der Eingeborenen sogar in blutigen Aufständen Luft gemacht — genau wie bei den andern Kolonialmächten. Aber die Eingeborenen-Aufstände mag hier noch etwas Näheres gesagt werden. Schon im Jahre 1888 erhob sich in Deutsch-Ostafrika ein Aufstand der um ihr „Geschäft“ besorgten arabischen Sklavenhändler, gewiß kein ungünstiges Zeichen für die deutsche Verwaltung. Bei diesem Aufstand hatten übrigens auch die Engländer ihre Hand im Spiele. 1905 entstand für kürzere Zeit ein neuer Aufstand. In Kamerun brach gleich nach der Besitznahme ein Aufstand aus, hervorgerufen durch unverantwortliche Willkür der Engländer, die den Deutschen die Kolonie mißgönnten. Vor allem aber haben wir in Deutsch-Südwestafrika schwere Kämpfe zu bestehen gehabt. Zur Zeit der Erwerbung (1884) lagen die Hottentotten mit den Herero im Streite, in den dann — eine Folge des Ränkespiels englischer Aufwiegler — auch die Deutschen verwickelt wurden. Infolge der andauernden Willkür der englischen Kapkolonie konnte der Widerstand der Hottentotten unter ihrem Führer Hendrik Witbooi von der kleinen deutschen Truppe erst im Jahre 1894 gebrochen werden. Auch in den folgenden Jahren brachen noch, teilweise wieder durch die aus der Kapkolonie erfolgenden englischen Willkür veranlaßt, mehrfach Aufstände aus. Schlimmer als alle vorangegangenen Aufstände war der in den Jahren 1903 bis 1906 gegen die Hottentotten und Herero zu führende Krieg, der uns viel teures Blut und eine Ausgabe von etwa 300 Millionen Mark kostete.

„Blicken wir auf die Geschichte unserer Kolonialpolitik zurück, so haben wir als gefährlichsten Gegner in dem Widerstreite überseeischer Interessen die Engländer kennen gelernt. Sie gingen von der richtigen Erkenntnis aus, daß der im Vergleich zu den übrigen Tropenländern arme Riesenkörper Afrikas nur dann einen lohnenden Gewinn abwerfen könne, wenn man möglichst viel von ihm beziehe. . . . In ähnlicher Weise wie uns Deutsche verstand die englische Ländergier die Italiener und das kleine Portugal übers Ohr zu hauen. Das Hiltchenblatt „Punch“ hat dies s. Z. trefflich zum Ausdruck gebracht: Vor seiner Villa steht Mister Bull, ausgezeichnet genährt und trefflich gekleidet, und blickt mit wohlwollender Herablassung auf zwei fahrende Musikanten, Portugal und Italien, die ihn um eine milde Gebe, ein bißchen Afrika, anflehen. Sie deuten dabei auf einen dritten armen Teufel, der eben, das verabschiedete Almosen einnehmend, sich vergnügt entfernt, Deutschland.“ (Haffert, Deutschlands Kolonien.)

Eine traurige Zeit brach für unsere Kolonialpolitik unter Caprivi an, der den überseeischen Besitz als lästiges Erbe ansah. „Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Förderung der Kolonien war in jener Zeit so wenig klar, daß man die Schutzgebiete vielmehr als einen großen Kasernenhof für abenteurerlustige Offiziere und als eine Versorgungsanstalt

für Beamte ansah. Statt nach englischem Muster die Erschließung unseres überseeischen Besitzes dem freien Wettbewerbe privater Besitzer und Gesellschaften zu überlassen und die Selbstverwaltung der Kolonien so wenig als möglich zu beschränken, wurde eine kostspielige, verwickelte und trotzdem nur unvollkommen arbeitende Verwaltungsmaschine geschaffen. . . . Da erfolgte 1894 der Umschlag, und die Februarbeschlüsse des Reichstags bedeuten eine schonungslose Verurteilung der Caprivi'schen Politik. Von 397 Reichstagsmitgliedern versuchte auch nicht ein einziges, den aufs schärfste angegriffenen Kanzler in Schutz zu nehmen, und dieser einmütige Widerspruch war wohl die beste Kritik des von ihm so warm verteidigten Systems, das seinen Sturz mit herbei führte. Nun war die Bahn wieder frei, und der kräftige Schwung des alten Kurses (unter Bismarck), der dem neuen Kurs gänzlich fehlte, begann unter dem neuesten Kurs wieder aufzuleben.“ (Haffert.)

Nun waren die Kinderkrankheiten in der Hauptsache überstanden; nun begann der zwar langsame, aber stetige Aufschwung unserer Kolonien. Was Deutschland als Kolonialmacht geleistet hat, sei durch einige Angaben beleuchtet.

Ende 1909 betrug das deutsche Eisenbahnnetz in
Togo 198 km im Betrieb 141 km im Bau, 339 km insgesamt
Kamerun 108 „ „ 412 „ „ 510 „ „
Südwest 1599 „ „ „ „ 1799 „ „
Ostafrika 181 „ „ 791 „ „ 1255 „ „
— 1907 — 1346 „ „ 3713 „ „

Ende 1914 waren gegen 5000 Kilometer Schienenlänge im Betrieb. Gute Hafenanlagen und treffliche Landstraßen haben weiter für die Erschließung der Gebiete gesorgt.

Und die wirtschaftliche Bedeutung unserer Kolonien? 1900 fing man an, in Togo den Boden für den Baumwollenanbau zu untersuchen; 1906 wurden 625 000 Pfund, 1911 etwa 1 Million Pfund Baumwolle geerntet. In Ostafrika begann man 1902 und erntete 1911 bereits 2½ Millionen Pfund.

Raufschuß- und Guttapercha-Export aus:
Deutsch-Ostafrika 339,8 t (1 991 000 Mt.) (1903)
Kamerun 701,7 t (2 247 000 Mt.) (1903)
Togo 95,4 t (3 040 000 Mt.) (1903)
Deutsch-Ostafrika 474,3 t (2 748 000 Mt.) (1909)
Kamerun 1 517,4 t (7 551 900 Mt.) (1909)
Togo 148,8 t (969 500 Mt.) (1909)

Supplere in Deutsch-Südwest:
(1899) 2 379 kg (25-0 Mt.)
(1909) 27 738 „ (358-6 Mt.) trotz des Aufstandes (1903-1906)
Gummi und Kautschuk:
Südwest 21 440 Mt. (1899) 109 233 Mt. (1908)
Ostafrika 7 830 Mt. (1899) 2 030 490 Mt. (1909)

Rafabohlen:
Kamerun 313 115 Mt. (1899) 2 854 431 Mt. (1909)
Togo 37 Mt. (1901) 93 744 Mt. (1909)
Südwest 1 462 Mt. (1901) 245 452 Mt. (1908)

Gesamtausfuhr aus unsern Kolonien:
Ostafrika 4 200 000 Mt. (1899) 31 100 000 Mt. (1909)
Kamerun 3 990 000 Mt. (1899) 15 700 000 Mt. (1909)
Togo 1 650 000 Mt. (1899) 7 350 000 Mt. (1909)
Südwest 1 250 000 Mt. (1899) 22 070 000 Mt. (1909)
Süde 2 680 000 Mt. (1899) 8 720 000 Mt. (1908)
Rafabohlen 500 000 Mt. (1901) 34 000 000 Mt. (1908)

Einfuhr in unsere Kolonien (den nichtdeutschen Handel eingeschlossen):
Ostafrika 8 660 000 Mt. (1-98) 33 910 000 Mt. (1909)
Kamerun 5 390 000 Mt. (1899) 17 720 000 Mt. (1909)
Togo 1 890 000 Mt. (1899) 11 240 000 Mt. (1909)
Südwest 4 890 000 Mt. (1899) 34 710 000 Mt. (1909)
Süde 3 080 000 Mt. (1899) 7 500 000 Mt. (1908)
Rafabohlen 13 000 000 Mt. (1901) 82 000 000 Mt. (1908)

Fürs Jahr 1910 finden sich in einer anderen Zahlenzusammenstellung folgende Werte für die Ausfuhr (Einfuhr) aus den bezw. in die Kolonien:

Ostafrika 20 800 000 Mt. (38 700 000 Mt.)
Kamerun 19 900 000 Mt. (35 500 000 Mt.)
Togo 7 200 000 Mt. (1 500 000 Mt.)
Südwest 14 700 000 Mt. (6 300 000 Mt.)
Süde 3 000 000 Mt. (3 700 000 Mt.)
Rafabohlen 6 000 000 Mt. (9 400 000 Mt.)

„Während die Engländer mit dem Anbau europäischer Kulturpflanzen vorgingen (in Ostafrika), haben wir uns von vornherein auf die Pflege und Vermehrung von Tropenpflanzen verlegt. Das brachte uns den Erfolg, während die Engländer vor einem Fehlschlag stehen. Ferner ist unsere Kolonie der englischen voraus in der Regelung der Landfrage. In der englischen Kolonie befindet sich das beste Land in den Händen von Geschäftsleuten, die nicht pflanzen, sondern nur gekauft haben, um mit möglichst großem Gewinn wieder zu verkaufen. Derartige Berechnungen, von denen die Kolonie nur Nachteile hat, haute unsere Regierung kurz vor. Wer bei uns kauft, muß den Boden auch nützlichender Bearbeitung überweisen.“ (Hauptmann, Nationale Erbkunde.)

„Im „Morgenblatt“ schreibt der norwegische Arzt Dr. Gulowsen, der viele Jahre in Übersee gelebt hat, über

die deutsche Kolonialverwaltung u. a., den Glaubenssatz, den die englische Presse den Norwegern aufgedrängt habe, daß die Deutschen ihre Kolonien nicht verwalten könnten und die Eingeborenen schlecht behandelten, werde die Geschichte sicher berichtigten. Tatsächlich hätten die Deutschen in ihren Kolonien, besonders in Ostafrika, jahrelang wirtschaftlich, kulturell und vor allem hygienisch eine ausgedehnte, fruchtbare Arbeit geleistet. Wenn die Deutschen ihre Kolonien jetzt nicht wiederbekämen, so gesehe dies nicht, weil sie nicht verstanden hätten, sie zu verwalten, was Unfug sei, sondern weil sie es besser als irgend ein anderer Kolonialstaat verstanden hätten, durch wissenschaftlich überlegte harte Arbeit aus verhältnismäßig armseligen Landgebieten brauchbare, ja sogar wohlhabende Kolonien zu schaffen.“ (Zeitungsnachricht.)

Daß die Eingeborenen mit der deutschen Verwaltung durchaus zufrieden sind, zeigt sich mit größter Deutlichkeit darin, daß seit 1906 kein Aufstand mehr entstanden ist, selbst nicht zur Zeit des Weltkrieges. Mehr noch, die Eingeborenen haben zum großen Teile treu zur deutschen Sache gestanden; ohne sie wären die Erfolge der deutschen Waffen in Ostafrika unmöglich gewesen. „Während des Krieges hatten die Engländer alle Häuptlinge und viele andere Eingeborene von Kamerun auf der Insel Fernando so interniert. Diese Kameruner haben mit wenigen Ausnahmen erklärt, sie würden erst nach Kamerun zurückkehren, wenn die deutsche Herrschaft wieder hergestellt ist. In Deutsch-Südwest ist es den Engländern trotz aller Druckmittel nicht gelungen, Erklärungen zu erlangen, die sich gegen die Deutschen richten und englische Verwaltung verlangen. Im Gegenteil, nicht nur die Herero, sondern auch andere Stämme haben sich entschieden für die Rückkehr der deutschen Herrschaft ausgesprochen.“ (Zeitungsnachricht.)

(Fortsetzung folgt.)

Vor der Entscheidung.

Die Regierung will noch verhandeln.

Die letzten beiden Voten der Entente setzen nur ganz geringes Entgegenkommen auf die deutschen Wünsche. Die Alliierten bestehen auf der unverzüglichen Unterzeichnung des Protokolls und dem Austausch der Ratifikationsurkunden. Erst dann soll die Heimbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen beginnen — mit anderen Worten die Gefangenen sollen immer noch als politisches Druckmittel benutzt werden. Deutschland soll mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls neue schwere wirtschaftliche Lasten auf sich nehmen, um endlich die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Die deutsche Regierung steht vor einer schweren Entscheidung, denn in der Scapa Flowfrage enthalten die beiden letzten Voten kaum irgend ein Zugeständnis. Deutschland soll sich durch Unterzeichnung des Zusatzprotokolls grundsätzlich zur Auslieferung von 400 000 Tonnen Docks, Baggers und Kranmaterial verpflichten. Die Alliierten erklären dafür, daß sie bei der Ausführung der Seehilfeleistungen die „allgemeine wirtschaftliche Lage der deutschen Häfen“ berücksichtigen wollen und daß sie, wenn die deutsche Regierung später nachweisen zu können glaubt, daß die Forderungen mit den berechtigten Interessen der deutschen Häfen nicht vereinbar sind, ihre Wünsche den alliierten Hauptmächten vorzutragen können; diese würden dann den Wiedergutmachungsausschuss hören und die Angelegenheit im Geiste der Billigkeit prüfen. Mit anderen Worten, die Entente stellt uns in Aussicht, daß die deutsche Regierung nach der Auslieferung des Hafenmaterials Unentbehrliches zurückfordern und eine „Prüfung dieser Wünsche im Geiste der Billigkeit“ erwarten darf.

Wir können aber, so heißt es in der halbamtlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, nicht eine unbillige Verpflichtung übernehmen, in der Hoffnung, nachher unsere Gegner davon zu überzeugen, daß wir zur Erfüllung nicht ohne schwere Gefährdung unserer Lebensinteressen in der Lage sind. Die Altkleierung des geforderten Schiffbaumaterials würde bei unserem Gesamtbesitz von 527 000 Tonnen für unseren Schiff- und Hafenverkehr vollständig vernichtet sein. Allem Anschein nach wird die deutsche Regierung versuchen, noch vor der Unterzeichnung des Protokolls eine Verständigung über diese Frage mit der Entente zu erzielen. Man ist geneigt, eine Entscheidung für Scapa Flow zu leisten, die in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen liegt. Die Regierung ist der Ansicht, daß diese Verhandlungen, die in wenigen Tagen vollzogen werden können, keine Verzögerung der Ratifizierung darstellen, da man durch Faculte an Hand eines genaueren Verzeichnisses umeerter Werte und Baggermaterials der Entente erläutern würde, wie weit unsere Abfertigungsmöglichkeiten

keiten gehen. Ich mehrer Sach Paris delegiert

Die Reaktionen auf die Entente sind sehr verschieden. In der deutschen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen. In der englischen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen. In der amerikanischen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen.

Die Beratungen

Über die Verhandlungen in der Entente sind die Meinungen sehr verschieden. In der deutschen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen. In der englischen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen. In der amerikanischen Presse wird die Entscheidung als ein Sieg der Entente angesehen.

Großen Entschloß der Deutschen die Alliierten die unverzügliche Freigabe der Gefangenen. Die Entente hat die Freigabe der Gefangenen als eine Bedingung für die Unterzeichnung des Protokolls gestellt. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Ueber Biochemie.

Ein Beitrag zur Gesundheitspflege.

Vor einigen Wochen wurde im „Aufwärts“ (Nr. 262) die Frage behandelt: „Was können wir zur Gesunderhaltung der Lunge tun?“ Herr Dr. Spengemann empfahl u. a. als vorbeugende und heilende Mittel Kieffelsäure und Kalz. Da die Biochemie mit beiden Mineralien schon seit Jahrzehnten die besten Erfolge erzielt hat, ist manchen Lesern ein kurzer Hinweis auf diese leider noch so wenig bekannte Heilmethode gewiß willkommen.

Das biochemische Verfahren ist von dem früheren homöopathischen Arzte Dr. med. Schüller in Oldenburg begründet worden. Dr. Schüller erblickt in den Krankheiten Funktionsstörungen der Zellen, welche durch Verminderung der im Blute und in den Geweben des menschlichen Körpers enthaltenen anorganischen Salze hervorgerufen werden. Durch Zufuhr der fehlenden Stoffe in homöopathischen (d. h. sehr kleinen) Gaben wird eine Ausgleichung des Defizits und dadurch die Wiederherstellung der Gesundheit bewirkt. In seiner „Abwehrtherapie“ (38. Auflage, Seite 25) sagt Dr. Schüller: „Die im Blute und in den Geweben vertretenen anorganischen Stoffe genügen zur Heilung aller Krankheiten, welche überhaupt heilbar sind.“ Diesen Be-

standteilen des Blutes entsprechend, hat Dr. Schüller 11 Salze als biochemisch bezeichnet, die er als Heilmittel anordnet.

Einige der Salze bilden den chemischen Hauptbestandteil berühmter Heilquellen. Riffingen z. B. verdankt seinen Weltruf dem Natrium muriaticum oder Kochsalz, Karlsbad dem Natrium sulfureum oder Glaubersalz, Silicea oder Kieffelsäure, das Hauptmittel gegen Gicht, ist in manchen Pflanzen besonders stark enthalten, z. B. im Equisetum oder Scheuchkraut — und in den Erdbeeren. Viele allopathische Ärzte verordnen deshalb den Gichtkranken den reichlichen Genuß von Erdbeeren. Aus diesen wenigen Angaben geht schon hervor, daß die biochemische Methode ein ideales Heilverfahren darstellt; denn dabei gelangen nur giftfreie Stoffe zur Verwendung, wie sie sich in der Natur, wenn auch in anderer Form, bereits vorfinden. Darum können sie nie, selbst bei monatelangem Gebrauch nicht, schädlich auf Magen oder Herz einwirken; sie enthalten ja nur die zum Aufbau des Körpers nötigen Mineralsalze. Von ganz besonderem Werte sind sie bei Krankheiten, die durch mangelhaften Stoffwechsel oder Abwehrleistung hervorgerufen werden, z. B. bei Rheumatismus, Gicht, Bluthorm, Nervosität, Schlaflosigkeit.

In Norddeutschland gibt es bereits eine Anzahl

akademisch gebildeter Ärzte, die das biochemische Heilverfahren mit größtem Erfolge anwenden. Die Heilmittel werden in den homöopathischen Zentralapotheken (z. B. Leipzig: Dr. Willmar Schwabe, Querstraße 5; Delmenhorst: Apotheker J. H. Schaub, Langestraße 108) hergestellt und können von dort direkt oder durch Vermittlung der am Ort befindlichen allopathischen Apotheken bezogen werden. Nähere Angaben über das Heilverfahren, über den Gebrauch der biochemischen Hausapotheke und über biochemische Werke und Zeitschriften enthält die „Preisliste für die Biochemische Abteilung der homöopathischen Zentralapothek“ Dr. Willmar Schwabe, Leipzig, Querstraße 5. Sie wird unentgeltlich versandt. Wertvolle Aufklärungen gibt auch ein Aufsat von Professor Dr. Hegewald: „Die biochemische Heilmethode“, herausgegeben von der Biochemischen Zentral-Apothek J. H. Schaub in Delmenhorst. Wer sich eingehender mit dem Heilverfahren beschäftigen will, dem seien ein Buch und eine Monatschrift bestens empfohlen: „Die Biochemie Dr. med. Schüllers und ihre Anwendung in Krankheitsfällen“, Oldenburg, Verlag des Biochemischen Vereins; „Zeitschrift für Biochemie“, von der Geschäftsstelle Oldenburg, Burgstraße 31, unter Kreuzband zugestellt, jährlich 3 Mark.

Crimmitschau i. Sa.

R. Hennig

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Freigabe der Gefangenen zu erreichen.

Glaubenssag, gedrängt habe, könnten und die Geschichte in ihren wirtschaftlichen, fruchtbarsten, nicht, weil was Unfug sei, erer Kolonial- überlegte hatte Landgebieten zu schaffen."

in Verwaltung der Deutschtum ist, noch, die Ein- deutschen Sach- des Krieges le andere Ein- undo Po inter- Ausnahmen affahren, wenn In Deutsch- nicht liegen die Deut- erlangen. Im andere Stimme deutschen Herr- zung folgt.)

na.

eln.

teigen nur die deutschen der unverzüg- und dem Aus- dann soll die fangenen be- angenen sollen benutzt wer- einung des he Kosten auf er Gejangenen

or einer schwe- lowirage ent- end ein Zu- unterzeichnung lieferung von imaterial ver- daß sie bei e, allgemeine in" berück- utsche Regie- ubt, daß die sen der deut- Wände den könn:n: diese ischup hören itigkeit prü- stellt uns in ach der Aus- liches zurück- che im Geisse

der halbam- , nicht eine- hmen, in der zu überzeu- e schwere, Ge- er Lage sind. fbaumaterials 527.000 Ton- hr vollständig ach wird die r der Unter- zung über die n ist geneigt, leisten, die in n liegt. Die Verhandlungen, können, keine en, da man Verzeichnisse r Entente er- rmasmaßlich-

mische Heilver- Die Heilmittel otheken (z. B. ; Delmenhorst; hergestellt und ng der am Ort zogen werden. über den Ge- ber biochemische isliste für die zentral- Querstraße 5. Aufführungen egehalb: "Die von der Bio- en Delmenhorst- schäftigt bestens plers und ihre g, Re:lag des iochemie", von , unter Kreuz

Gennis

keiten gehen. Zu diesem Zwecke werden voraussicht- lich mehrer Sachverständige aus den Hansestädten nach Paris delegiert werden.

Deutschlands Antwort an die Entente.

Die Regierung wird diesen Standpunkt in der Antwort an die Entente eingehend begründen. Sie wird zwar die Forderung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Scapa Flow-Entschädigung fallen lassen, da keine Aussicht auf Erfolg besteht, im übrigen aber darauf hinweisen, daß es ihr auch jetzt noch nicht möglich ist, das Protokoll zu unterzeichnen, in dem die Forderung auf Bedingungs- losie Auslieferung der 400 000 Tonnen Schiffsmaterial unverändert enthalten ist. Sie wird andeuten, daß sie der Forderung einer nachträglichen Wiederrück- gabe des Materials zustimmt. Es ist nun geplant, an die Entente eine Vorlegung einer Liste des deutschen Materialmaterials anzufügen, und durch mehrere Sach- verständige aus den Hansestädten diese Liste in Pa- ris unterbreiten und eingehend erläutern zu lassen. Die deutsche Regierung ist durchaus festens Willens, zu einer Einigung zu kommen und bereit, über eine Entschädigung zu verhandeln, die das deut- sche Wirtschaftsleben nicht zum Tode verurteilt. Es bedürfte nach ihrer Ansicht bei nur einigem guten Willen nur weniger Tage, um — und zwar vor der Unterzeichnung — zu einer mittleren Lösung zu ge- langen.

Die Beratung im Ausschuss für auswärtige An- gelegenheiten.

Ueber die Sitzung des Ausschusses der National- versammlung für auswärtige Angelegenheiten erfährt das Berliner Tageblatt von unterrichteter Seite: Die Sitzung, der der Außenminister Müller und Ge- heimrat v. Simon betwohnten, ergab nahezu volle Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Regierung und denen der Parlamentarier. Die bereits erwähnte Stellungnahme der deutschen Regierung in der Frage der Ablieferung von 400 000 Tonnen Schiff- material wurde gutgeheißen, und der Vorschlag, eine Faktokommission unter der Leitung von Geheim- rat v. Simon nach Paris zu senden, um der Ent- ente an Hand eines genauen Verzeichnisses des in unserem Besitz befindlichen Materials die Unmöglich- keit der Forderungen darzustellen, angenommen. Die Kommission, der der Vorsitzende der demokratischen Partei, Senator Peterßen, angehören wird, dürfte so- gleich nach einem entsprechenden Beschluß des Reichs- kabinets sich nach Paris begeben.

Großen Erfolg darf man sich von dem neuen Vor- schlag der deutschen Regierung nicht versprechen, nach- dem die Alliierten schon in die beiden letzten Noten die unverzügliche Unterzeichnung des Protokolls ge- fordert haben. Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß die Entente die angebotene Kündigung des Waf- fenstillstandes wahr machen und von ihren militä- rischen Mitteln gegenüber einem wehrlosen Volk Gebrauch machen wird. Besondere Beachtung verdienen hier die Ausführungen des mehrheitsfähigen „Sonder-Druck“ über die Folgen einer Nichtunterzeich- nung des Protokolls. Es heißt da u. a.: „Der Qual des allmählichen, aber sicheren Unterganges können wir nur dadurch noch entgehen, daß wir, wenn kein Mittel mehr verfangen will, ruhig und gefaßt erklä- ren: Unmöglich und unannehmbar! Dann mag die Entente versuchen, vor dem Gewissen der ganzen Welt zu verantworten, daß sie ein erschöpftes, wehr- loses, zu Boden gedrücktes Volk, das den Frieden will und nur den Frieden mit aller Welt verlangt, mit Krieg und Kriegsverwüstung überzieht.“

Deffnung der amtlichen Archive.

Die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch.

Die deutsche Regierung veröffentlicht jetzt die ge- samten deutschen Akten des Auswärtigen Amtes über den Kriegsausbruch. Nachdem Karl Rautsky in den Frühtagen der Revolution die Eichtung und Zusam- menstellung der Dokumente begonnen und mit meh- reren Mitarbeitern im Laufe einiger Monate vollendet hatte, wurde die Vorbereitung für den Druck in Zu- sammenarbeit mit ihm von Graf Max Montgelas und Prof. Walther Schilling zu Ende geführt.

Die seit mehr als einem Jahre vorbereitete Samm- lung umfaßt, ohne den eigentlichen Rautsky-Band, der vorzeitig bereits von der ausländischen Presse veröffentlicht wird, vier Bände, die den Zeitraum vom Ausbruch in Serajewo bis zur Kriegserklärung Oester- reich-Ungarns an Rußland einschließen und mit In- haltserzeugnissen, Zeitfakeln sowie verschiedenen wich- tigen diplomatischen Aktenstücken versehen sind. Die Gesamtzahl der veröffentlichten Aktenstücke beträgt 1123, von denen 937 im vollen Wortlaut, 186 dem wesentlichen Inhalt nach angeführt sind.

Das Ganze soll als wissenschaftliche Quellsamm- lung für die unbefangene Beurteilung der Ereignisse durch den Historiker und Diplomatiker dienen, weshalb von den Herausgebern grundsätzlich auf jede materielle Beurteilung verzichtet wurde. Jedes Dokument darin ist vollständig abgedruckt worden ohne Auslassung, Fuga oder Veränderung. Die Aktenstücke sind in streng chronologischer Reihenfolge angeordnet. Die zahlreichen Anmerkungen haben zum Teil kritischen Inhalts. Ueber die von Rautsky in den Akten der diplomatischen Urkunden mit aufgenommenen Randbemerkungen des Kaisers lehren die Herausgeber an dieser Stelle ab, zu sagen, welche grundsätzliche Bedeutung ihnen für den Gang der Ereignisse beizumessen sei. Gelegentlich ergab sich aus den Akten selbst, daß die Randverfügungen zu spät eintraten, um für die Entscheidung noch ir- gendwas verwertet werden zu können. In anderen Fällen ergeben die Akten, daß es sich um Weisungen handelt, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich nur um den Aus- druck momentaner Stimmung. Die Herausgeber ver- kennen schließlich nicht, daß in der auswärtigen Po- litik auch Privatbriefe eine bedeutsame Rolle zu spielen pflegen, von denen sie für die vorliegende Veröffentlichung nur eine Anzahl in den Akten vor- gefunden haben, ebenso die Telefongespräche, die natürlich jeder nachträglichen Kontrolle ent- ziehen.

Vergessen Sie nicht

Ihre Zeitung diesmal

frühzeitig zu bestellen.

Der 25. Dezember sollte der letzte Termin sein

Eine völlige Aufhellung der Vorgänge würde nur dann zu erreichen sein, wenn die ehemals feindlichen Staaten sich entschließen könnten, mit derselben rück- sichtsloser Offenheit ihre Urkunden dem Publikum der ganzen Welt vorzulegen, wie es die deutsche und öster- reichische Regierung getan haben.

Regierungskrise in Preußen?

Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes betr. Ab- änderung der Zusammenlegung der Schuldeputationen, Schulvorständen und Schulkommissionen in dem Unter- ausschuss der Preussischen Landesversammlung haben sich, der „Germania“ zufolge, ernste Meinungsver- schiedenheiten zwischen dem Vertreter des Kultusmini- sters und dem Zentrum ergeben, wodurch die Regie- rungskoalition in Preußen stark gefährdet erscheint.

Der fragliche Gesetzesentwurf bezweckt die Vereini- gung der der Kirche in dem § 44 I, 4 gewährten selbständigen Vertretung in den Schulverwaltungskör- perchaften. Der Geistliche soll nicht mehr von Amts wegen diesen Körperschaften angehören, womit dann der letzte Rest des amtlichen Einflusses der Kirche auf die Schule beseitigt wäre.

Abg. Professor Dr. Lauscher gab im Namen des Zentrums die Erklärung ab, daß seine Fraktion sich nicht in der Lage sehe, die Verantwortung für die Verabschiedung des vorliegenden Entwurfes wie überhaupt für die Fortsetzung der im neuen Preußen eingeleiteten Schulpoli- tik zu tragen. Er wies nachdrücklich hin auf das Anerkennung einer Koalitionspolitik, die in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung über die ernsthaf- ten Bedenken und Ansprüche des Zentrums — einer der Koalitionsparteien — fortgesetzt zur Tagesordnung übergehen. Das Zentrum müsse es den anderen Par- teien überlassen, aus dieser Sachlage diejenigen Kon- sequenzen zu ziehen, die sie auch im Hinblick auf die Lage in den gefährdeten Gebieten verantworten zu können glaubten.

Darauf stellte der Vertreter des Kultusministers die förmliche Frage, ob durch diese Erklärung der Bestand der Koalitionsregierung berührt wurde. Der Abg. Dr. Lauscher erwiderte, seine Er- klärung lasse Raum für erneute Überlegungen, die aber der Gegenseite anheim gegeben werden müßten. Mit Rücksicht auf die durch die Zentrumserklärung geschaffene Situation wurde die Weiterberatung auf Wunsch des Regierungsvertreters vertagt.

Die deutschen Rüstungen.

Zur britische Kriegsminister über die deutschen Rüstungen.

Der Oberste Rat hat bekanntlich in einer der letzten Notizen behauptet, die deutsche Regierung wolle durch Aufstellung neuer Volkzeitruppen und Einwoh- nerwehren die militärischen Bestimmungen des Frie- densvertrages umgehen, und forderte deshalb die so- fortige Aufhebung dieser Organisationen oder eine we- sentliche Herabminderung dieser „Streitkräfte“. In einem auffallenden Gegensatz zu dieser Forderung ste- hen die Ausführungen des britischen Kriegsministers Churchill, die er in Beantwortung einer Anfrage über die angeblichen deutschen Rüstungen im eng- lischen Unterhause machte.

Der Minister erklärte, daß er keinerlei Berichte erhalten habe, nach denen die Streitkräfte, die in Deutschland organisiert werden, einem Offensivzweck dienen sollten. Alles Beweismaterial zielt darauf hin, daß das stehende Heer im allgemeinen in Überein- stimmung mit den Friedensbedingungen ver- ringert worden ist. Dies hat Deutschland ge- tan, ohne daß es bereits jetzt notwen- dig war. Denn die Verabsiegung des Heeres hätte erst nach der Ratifikation des Friedensabkommens stattfinden müssen. Das stehende Heer war im August 1919 etwa 1/2 Million Mann stark. Gegenwärtig um- faßt es 390 000 Mann während es laut den Be- stimmungen des Friedensvertrages später auf 200 000 Mann herabgesetzt werden muß. Außerdem sind Re- serven für die nationale Einwohnerwehr und für die bewaffnete Gendarmerie gebildet worden. Nur die letztgenannte Truppe ist mobil und als militärische Hilfskräfte anzusehen. Die Stärke dieser Gendarme- rie wird auf 70 000 Mann geschätzt. Sie ist über die größeren Städte verteilt. Die Einwohnerwehr be- steht aus Zivilpersonen, die nur im Notfall bei Ruhe- stellungen aufzutreten hat. Angehörige dieser Orga- nisation haben keine Uniform oder Waffen, wäh- rend ihre Gewehre in Depots aufbewahrt werden. Church- ill fügt hinzu, daß die Friedenskonferenz sich ge- genwärtig mit ihrer Stellungnahme zu diesen Orga- nisationen beschäftigt.

Wenn Churchill die gegenwärtige Stärke des deut- schen Heeres auch überschätzt so läßt er bei seinen übrige- n Parierungen immerhin eine bemerkenswerte Ob- jektivität walten, die man in der Note der Entente ver- misst. Es wäre doch kaum möglich, daß diese Note gegen den Willen der Engländer, lediglich auf Betreiben der französischen Angstreuer in Deutsch- land gerichtet worden ist. Man geht daher wohl nicht fehl mit der Annahme, daß die Entente insofern ihre Ansicht über den Zweck der deutschen Sicher- heitsmaßnahmen geändert hat, zumal, wie in der deut- schen Antwortnote festgestellt wird, die Engländer selbst in Köln einen Sicherheitsdienst verlangt haben, wie er in den anderen deutschen Großstädten eingerich- tet wurde.

Die Nationalversammlung.

126. Sitzung, Mittwoch, den 10. Dezember 1919.

Das Reichsnotopfer.

Die allgemeine Aussprache über § 1 des Reichs- notopfer-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Herren von der Rechten alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichs- notopfers zu verhindern. Wir werden aber dafür sor- gen, daß ihre Pläne nicht gelingen. Das Kapital hat sich schon immer vom Steuerzahlen gedrückt. Alle La- sten mußten die breiten Massen tragen. Der Kampf gegen Erzberger ist nichts weiter als ein Kampf gegen die Belastung des Volkes. Wir wollen Deutschland ret- ten, wir wollen nicht, daß das Ruhrgebiet besetzt wird. (Lebhafter Beif. b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Herr Eugenberger redet hier von Korruption, der selbst das preussische Beamtentum im Kriegsministerium und im Reichsmarineamt durch Bestechung korumpiert hat. (Präsident Heinenbach rügt diesen Ausdruck.) Im Krieg liegen die Wurzeln der Korruption. Auch das Schiedertum ist aus dem Kriege entstanden. Herr Dr. Eugenberger hat den Reichsfinanzminister einen Landes- verräter genannt. Er selbst hat den ärgsten Landes- verräter begangen, indem er der Entente deutsches Land geradezu angeboten hat. (Der Präsident Heinenbach rügt auch diesen Ausdruck.)

Abg. Farnow (Ztr.): Wir billigen den Gesetzent- wurf in allen Hauptzügen, einige Abänderungsanträge werden wir noch einbringen. Das Reichsnotopfer ist ein einziges Notopfer. Die e p o i t i e n sind der Ansicht, daß eine dauernde Vermögensabgabe leicht zu einer Strangulierung des Wirtschaftslebens führen wird. Daß in einer Steuerdebatte, wo es sich um lumpige Millionen handelt, hier von deutschem Land und deutschem Volk als Tauschobjekt gesprochen wird, dafür habe ich nur eine Kritik. (Luruf des Abg. Dr. Eugenberger: Ist ja unvahr! Große Unruhe.) Das erinnert an einen Handel, der vor 2000 Jahren um dreißig Silberlinge abgeschlossen wurde. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Sind wir denn hier auf dem Sklavenmarkt von Timbuktu, daß man so etwas überhaupt in der Mund nimmt? Der gestrige Tag war ein schwarzer Tag in unserem parlamenta- rischen Leben, und ich erkläre namens sämtlicher Par- teiangehörigen aus dem besetzten Gebiet, daß wir uns mit flammendem Protest gegen einen derartigen Ge- danken verwahren. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Die Demokratische Fraktion ist bereit, der Not der Zeit entsprechend, der Best der größtmögliche Opfer aufzuwerfen; in- dessen ist die Frage, ob das in Form einer ein- maligen Vermögensabgabe erfolgen soll oder in der Form einer jährlich zu erhebenden Abgabe, noch nicht endgültig geklärt. Wenn die deutsche Volksvertretung nicht schnell ihre Pflicht tut, dann haben wir den Staatsbankrott. Aus nationalen und internationalen Erwägungen muß die Frage des Reichsnotopfers ernstlich geprüft werden. Die Entscheidung wird daher erst in der dritten Lesung fallen. Wir stehen aber auf dem Boden der Vorfälle und werden auch in der zweiten Lesung dafür stimmen. (Lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich habe zu den Ausführungen des Herrn Dr. Eugenberger im Namen meiner Partei zu erklären, daß auch wir aufs tiefste entrüstet sind darüber, daß er die Gefühle des Volkes in dieser Weise verletzt hat. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Becker-Bessen (D. Sp.): Erzberger hat selbst anerkannt, daß der Besitz bis zur Grenze des Mög- lichen belastet ist; jetzt liegen 15 Milliarden Besitz- steuern vor, und von den 11 Milliarden indirekten Steuern trägt der Besitz auch noch einen beträchtlichen Teil. Der Redner empfiehlt dann die Zwangsanleihe. Niemand von uns will den Besitz seiner vornehmen Pflichten, Steuern zu zahlen, entziehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Wahnsinn des Reichsnotopfers bringt die Wirtschaft zum Erliegen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich habe die Mehrheit des Hauses auf meiner Seite. Warum soll ich der Minderheit nachgeben? Das soziale Interesse ist der Grundgedanke unserer ganzen Umwälzung. Wenn das Reichsnotopfer nicht zur Verabschiedung kommt, ist eine indirekte Steuerbelastung nicht durchführbar. Die Aussprache schließt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Becker (D. Sp.), die Vorlage an den Ausschuss zurück- zuverweisen, mit 275 gegen 43 Stimmen der Rechten abgelehnt.

§ 1 wird angenommen, desgleichen eine Anzahl weiterer Paragraphen. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung. Schluß nach 7 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

94. Sitzung, Mittwoch, den 10. Dezember 1919.

Kultusstat.

Die zweite Beratung des Kultusstatuts wird fort- gesetzt beim Abschnitt „Universitäten und Chariteefran- senhaus in Berlin“.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Am Mangel an innerer Festigkeit trägt der moralische Niedergang die Schuld insolge der Abgabe an das Christentum. (Sehr richtig! im Zentrum, Unruhe und Widerspruch links.) Die so- ziale Auswertung des Evangeliums gibt ein anderes Bild als die des Rätegedankens. (Lärm bei den Un- abhängigen.) Der Aufstieg zu den höheren Wissen- schaften läßt sich nicht popularisieren; mit der Volks- hochschule ist der Stein der Weisen auch nicht gefunden. Der Minister sollte seine sachkundigen Räte nicht auf Grund parteipolitischer Erwägungen auswählen. (Bei- fall im Zentrum.)

Minister Gaeinisch: Maßregelungen f. licher Studenten sind nicht vorgelommen. Für die esser- stellung der Hochschullehrer werde ich Sorge sagen. Das neue Regime wird sich Decartiges nicht aufzuden- kommen lassen wie das alte bei der leg. Anons. (Zu- rufe rechts, Unruhe.) Es ist ein Mißbrauch der ala- demischen Vorfreiheit Einrichtungen des Staates ver- ächtlich zu machen. Ein Professor hat vor unreflex- Schülern geäußert, der Kultusminister wolle nur, daß die Schüler nichts lernen, damit sie nicht klüger werden als er selbst. (Unruhe und Heiterkeit.) Ich bin über- zeugt, daß die Mauern des freien Deutschlands von den Wissenschaften der Professoren Trüger und Röhre nicht umfallen. (Unruhe und Heiterkeit.)

Es folgt der Abschnitt „Technisches Bildungswesen“.

Abg. Lüdemann (Soz.): Eine Beförderungsbildungsreform ist an den technischen Hochschulen noch dringender als an den Universitäten. Die Grenzgebiete zwischen Technik und Volkswirtschaft müssen an den Technischen Hochschulen behandelt werden. Die Zeiten des freien Schicksals des kleinen Unternehmers sind vorüber, man mag auch über Wiffells Planwirtschaft denken wie man will. Wir verlangen besondere volkswirtschaftliche Mittelschulen. (Beifall links.)

Abg. Fr. Fehder (Ztr.): Die Reform des technischen Bildungswesens muß von der Universitätsreform getrennt werden. Auch auf den technischen Hochschulen macht sich das Spezialisistentum fühlend bemerkbar. Auswüchse sind bei der Reform zu beseitigen. Gleichzeitig muß darauf Wert gelegt werden, daß auch die philosophische Bildung aller Angehörigen der technischen Hochschulen nicht vernachlässigt wird. Die konfessionellen Gegensätze würden längst nicht mehr so stark sein, wenn die wissenschaftlichen Werke auch des Gegners gründlich studiert würden. Bei der Pflege der Technik dürfen auch die ethischen Werte nicht übersehen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Fr. Schömann (Dem.): Alle Werte sind umgewertet, doch die deutsche Wissenschaft verliert ihren Wert nicht, auch im Ausland nicht. Das zeigen die jüngsten Nobelpreise. Das sind Lichtblicke in unserer Zeit. Die Wissenschaft kennt keine Grenzpfähle. Deshalb liegt es dem Ministerium die Pflege unserer Hochschulen dringend ans Herz. Alles, was die technischen Hochschulen herabsetzt, ist zu beseitigen, sie müssen den Universitäten gleichgestellt werden. Wir verlangen eine Reform an Haupt und Gliedern: die Glieder sind die Studenten. Wir verlangen ein weitgehendes Pflichtbewußtsein für unsere akademische Jugend. Sie muß sich der großen Opfer würdig erweisen, die der Staat bringt. Das Material ist allerdings höchst ungenügend; nicht nur Vergabe studieren, und nicht nur die, die einem warmen Drange folgen.

Abg. Fr. ing. Klose (D. ntl.): Das akademische Studium erfordert Jahre ernster Arbeit und auch erhebliche Geldaufwendungen. Für solchen Aufwand ist ein gewisser Ausgleich in der Anerkennung der damit erworbenen Lebensstellung nur berechtigt. In der akademischen Jugend ist ein großer Kraftüberschuß vorhanden. Wenn dieser sich betätigt in hergebrachten freiwillig beobachteten Formen, so soll man das mit dem richtigen Maße messen. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Es liegt darin eine Erziehung zum Gemeinschaftsgedanken, zu Tucht und Disziplin, Einordnung und Eintreten für eine bestimmte Idee.

Unterstaatssekretär Fr. Weder: Wir widmen dem technischen Unterrichtswesen dieselbe Aufmerksamkeit wie den Universitäten.

Abg. Fr. Wehl (U. Soz.): Das Volk der Dichter und der Denker scheint zu schlafen. Das Haus und die Bevölkerung draußen nimmt an unseren Beratungen fast gar keinen Anteil. Solche sachlichen Sachfragen gehören schon in die Ausschüsse.

Abg. Fr. Moldenhauer (D. Sp.): Die heutigen Zustände können weder bei Studenten noch bei Professoren Begeisterung auslösen! Das Wort des Abg. Graf von den Sozialdemokraten, diejenigen, die sich mit der neuen Zeit nicht abfinden, müßten in Schutzhaft genommen werden. (Beifall links! Hört! hört! rechts) brennt in den Herzen fort. Wie soll da ein Zusammenarbeiten möglich sein?

Donnerstag 11 Uhr Weiterberatung.
Schluß nach 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Wie der römische Vertreter der „Frankfurter Ztg.“ erzählt, werden die preussische und bayerische Gesandtschaft beim Vatikan noch vor Weihnachten in Rom erwartet.

Ueber den Antrag des Leiters des preussischen Landespolizeiamtes zur Schaffung einer Reichspolizei finden zurzeit wichtige Besprechungen im Ministerium statt.

Die heftige Volkswut hat den Entwurf der Verfassung des Volksstaates Hessen mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern stellt sich der Entente. In einem Schreiben an den Präsidenten des bayerischen Rotes Kreuzes erklärt der ehemalige Kronprinz Rupprecht es trotz der ungenügenden Verfallener Bestimmungen über die Auslieferung der angeblich am Kriegsausbruch und an Kriegsverbrechen schuldigen Deutschen für seine Pflicht,

was ihn betrafte, alles zu befehligen, was von gegnerischer Seite benutzt werden könnte, der Durchführung der Kriegesgefangenen als Vorwand zu dienen. Auch in Anerkennung eines der Entente zustehenden Rechts, sondern in Erfüllung einer Pflicht, die er in den schweren und bitteren Zeiten des Krieges dem Volke gegenüber zu erfüllen stets bereit gewesen sei, erbitte er sich, wenn die Alliierten seine Auslieferung fordern sollten, ihrem Verlangen Folge zu leisten. Es wäre ihm eine freundliche Genugung, wenn seine Stellungnahme dem Wohle des Vaterlandes dienen könnte, wie denn überhaupt sein bestes Bestreben allein darauf gerichtet sei, dazu beizutragen, daß unser Volk angesichts der schwer bedrängten Lage, in der es sich befindet, ungestört der Arbeit am Wiederaufbau seines Volkstums, seiner Wirtschaft und seiner Wohlfahrt leben könne.

Ein holländischer Abgeordneter für Ausweisung des Kaisers. Wie das Haager Korrespondenzbüro meldet, erklärte der Abgeordnete Sannes in der niederländischen Zweiten Kammer, die Veröffentlichung Kautskys über den Kriegsausbruch hätten erwiesen, daß der vormalige Kaiser der Anführer des Weltkrieges sei. Daher bilde er eine Gefahr für die Niederlande, und die Frage der Auslieferung müsse ernstlich ins Auge gefaßt werden. Sannes forderte die Regierung auf, andere Maßnahmen für den Aufenthalt des Kaisers zu erwägen.

Erzberger's Klage gegen Helfferich. In dem Verfahren, das gegen den Staatsminister a. D. Dr. Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger eingeleitet ist, steht nunmehr die Erhebung der öffentlichen Anklage bevor. Nachdem Erzberger zunächst wegen des gesamten Inhalts der Broschüre „Fort mit Erzberger“ Strafantrag gestellt hatte, ist in den darauf folgenden Schriftsätzen die Forderung der Verfolgung des Beschuldigten beschränkt worden auf diejenigen Behauptungen, in denen vom Beschuldigten genau bezeichnete tatsächliche Vorgänge zum Ausgangspunkt von beleidigender Würdigung gemacht worden sind. Für Dr. Helfferich hat Rechtsanwalt Dr. Alsbach dieser Einschränkung des Strafantrages widersprochen und gefordert, daß der ganze Inhalt der Broschüre zum Gegenstand des Strafverfahrens gemacht werde.

Rundschau im Auslande.

Das Nobelkomitee in Christiania beschloß, den Friedenspreis für die Jahre 1918 und 1919 nicht auszusprechen.

Ministerpräsident Clemenceau beruht sich auf zwei bis drei Tage nach London, um über die russische und türkische Frage, die Lage des Westens der Friedenskonferenz in Paris und über die Lage zu verhandeln, die durch die Haltung des amerikanischen Senats geschaffen ist.

Zwischen Belgien und England wurde ein Abkommen über das neuverordnete belgische Gebiet in Deutsch-Südwestafrika geschlossen. Eine belgische Basis wird in Namibia und Dares-Salam geschaffen, den beiden Endpunkten der von Deutschland angelegten Eisenbahn.

Die amerikanische Delegation bei der Friedenskonferenz hat Paris am Dienstagabend verlassen. An Stelle von Foll wird der Botschafter der Vereinigten Staaten, Hughes G. Wallace, an den Beratungen des Rates teilnehmen. Er ist bevollmächtigt, die Verträge mit Rumänien und Ungarn zu unterzeichnen.

Österreich: Die Entente gegen eine Posttrennung von Österreich.

Wie in Ententezirkeln verlautet, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Oberste Rat in Paris den Anschluß Österreichs an die Schweiz nicht erlauben wird, weil er in der Lösung des Österreichs von Deutschland eine unzulässige Veränderung des Vertrages von St. Germain sieht, welche das ganze Friedenswerk in Mitteleuropa bedrohen würde. Der Oberste Rat verschließt sich nicht der Ansicht, daß der Abfall Österreichs von Deutschland der Beginn der vollständigen Auflösung dieses Staates sein würde.

Polen: Die revolutionäre Bewegung in Polen.

Dem Rücktritt Paderewskis und der Regierung in Polen sind ernste Demonstrationen in Warschau und im Kohlenbecken von Dombrowa vorausgegangen. Bereits Ende November zogen Kommunisten und Sozialdemokraten mit roten Bannern durch die Straßen Warschaws. Auf vorangegangenen Plakaten war zu lesen: Nieder mit dem Krieg! Gebt uns Brot! Nieder mit Paderewski! Ein hartes

Polizelaufgebot gestreute am 29. die Menge, die sich dem Befehl näherte und den Versuch machte, die Gefangenen zu befreien. Im Kohlenbecken von Dombrowa forderten die Redner den sofortigen Kriegsschluß mit den Bolschewiken und den Rücktritt der Regierung. Am 15. November wurden in Polen nicht weniger als 400 000 Arbeitslose gezählt.

Belgien: Belgische Flammkuchen vor Gericht.

In Antwerpen wurden der sozialistische Abgeordnete Jamar, der Stadtverordnete Longueville und vier andere Redakteure der ehemaligen, während des Krieges in Holland erschienenen sozialistischen Halbwochenschrift „Le Socialiste Belge“ verhaftet. Es handelt sich um eine Anklage wegen Flammkuchen und um eine Angelegenheit, die vor den Kammerwahlen großen Staub aufgewirbelt hat. Der Oberste Rat der sozialdemokratischen Partei hat Jamar verpflichtet, nicht eher seinen Sitz in der Kammer einzunehmen, bis er sich von der Anklage, die gegen ihn erhoben wurde, gereinigt habe. Auch der Minister Camille Huysmans ist mit der Angelegenheit in Verbindung gebracht worden, da der „Socialiste Belge“ allgemein während des Krieges als sein Organ bezeichnet wurde.

Total- und Provinzialnachrichten.

Beschränkungen im Paketverkehr. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember treten wie in den Vorjahren im Paketverkehr die nachstehenden, unter den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen notwendigen Beschränkungen ein:

1. Zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 M und über 100 M) werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich harte Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.
2. Das Verlangen der Selbstbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen.
3. Dringende und Einschreibepakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Für das Einkaufspaket, dessen Einführung unter der Bezeichnung „Päckchen“ im inneren deutschen Verkehr zum 1. Januar in Aussicht genommen ist, sind folgende Abmessungen als Höchstmaße vorgeschrieben: 25 Zentimeter Länge, 15 Zentimeter Breite und 10 Zentimeter Höhe, für Päckchen in Rollenform 30 Zentimeter Länge und 15 Zentimeter Höhe Durchmesser. Ueberschreitungen der Abmessungen nach einer Richtung werden somit zugelassen, als in einer anderen Richtung das Höchstmaß nicht erreicht und das Höchstmaß des Rauminhalts nicht überschritten wird.

Letzte Nachrichten.

Hauptmann v. Kessel verhaftet.

Der aus dem Marloh-Prozess bekannte Hauptmann v. Kessel ist in seiner Wohnung in Berlin Brünnallee 21 verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Uebersicht der Kohlenarbeiter. Die Obleute der Dortmunder Union, von Hoch und Wöhring erklärten sich bereit, zur Beilegung der Kohlennot der Arbeiter die Annahme von Ueberschritten warm zu empfehlen, falls ihnen die Kontrolle der durch Ueberschritten gefördernden Kohlen eingedämmt und den Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag bewährt wird.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Am Bielefeld Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Wilhelms-Deienbrot Bethel bei Bielefeld, Postfach 7382 Hannover.

Der heutigen Ausgabe ist als Beilage eine Weihnachtskarte der Ritterschmiffen in Hamburg beigelegt. Durch ihre tapferen Warn- und Aufklärungsarbeit hat sie schon vielen Männern unschätzbare Dienste tun dürfen. Ebenso geht sie der gefährdeten und gesunkenen Frauenwelt hilfreich zur Hand und bietet ihnen in ihren Heimen Aufrechterhaltung zur Wiedererlangung eines reinen, brauchbaren Lebenswandels. Wir empfehlen darum diese Bestrebungen wärmstens der Wohltätigkeit unserer Leser.

Sonderzulagen für Kriegsbeschädigte.

im Landkreise Bielefeld.
Die 50 Prozent und darüber erwerbsunfähig sind. Sämtliche vorgenannten Kriegsbeschädigten erhalten für die Folge als Sonderzulage monatlich:

1. 2 Pfund Nahrungsmittel.
 2. 2 Brotzuschüsse über zusammen 2680 Gramm Brot.
- Die Marken werden stets zusammen mit den sonstigen Brotbüchern usw., erstmalig bei der Ausgabe der Brotbücher für die Zeit vom 22. 12. 1919 bis 18. 1. 1920, durch die Ausgabestellen verabfolgt.

Die Versorgungsberechtigten haben den Brotbuchausgabestellen jedesmal eine behördlich beglaubigte Bescheinigung vorzulegen, aus der ersichtlich ist, daß sie 50 Prozent und darüber Rente beziehen.

Die Brotzuschüsse können bei jedem Bäcker, die Nahrungsmittelmarken nur in den Apotheken und Drogeriehandlungen eingelöst werden.

Bielefeld, den 11. Dezember 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Wir haben

auch ein Postfachkonto, wie jedermann es haben sollte: Flödenanstalt Wittkindshof in Volmerdingsen b. Bad Drenthausen Hannover 4652 (schon seit 1912). Leider herrscht in unserem Konto jetzt beständig Ebbe. Wir brauchen nämlich jetzt täglich etwa 2300 M. Wir möchten gern unseren armen Vätern eine Weihnachtsgabe reichen. Sie sind wie Kinder leicht zu erfreuen, aber es sind ihrer viele. 755. Da brauchen wir dennoch viel! Wer hilft mit? Für jede Gabe sagt herzlich Dank namens der Ärmsten

Brünger, Pastor.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Knaben
zeigen in dankbarer Freude an
Emil Bohle und Frau Martha geb. Heitbrink.
Schildesche, den 10. Dezember 1919.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Heimgange unserer lieben, teuren Entschlafenen sagen
innigen Dank
Wilhelm Hufendiek nebst Kindern.

Das
Jenseits,
der Zu- und der Abgang
denen bis zur Auferstehung.
Eine gläubige Erleuchtung
wissenschaftlich, kein Phantasie-
produkt. Gegen Nachnahme
Mk. 3,25 inkl. Postgeb.
Austausch-Verkaufbuchhandlung
Paul Enigk, Prenzlau 1.

Zu kaufen gesucht!

Preusschen, griech.-deutsches Pergament
für das N. T., möglichst neuerer
Ausgabe. Angebote unter N. S.
an die Exp. d. Zeitung.

Dr. Hey's gift eine Kräuter-
kuren in Verbindung mit
Homöopathie.
1. Wer seinen Körper reinigen
und das Blut erfrischen will,
mache eine solche Kräuterkur.
(Genauere Angaben über den der-
zeitigen Gesundheitszustand not-
wendig.)
2. „Frauenwohl“ zur Erleich-
terung der Geburt.
3. Kräutermischungen gegen
Gallenleiden u. Verdauungsstörungen.
Dr. Hey,
früher Bad- u. Heilungsarzt,
Bückeburg. (74. 94. 99.)

Schreibmaschineneinrichtungen
und Betriebsmittel
von Einladungen, Gedichten,
Jahresberichten, Reise-
büchern, Briefen, Verträgen,
Verkehrsberichten, Jugend-
und Familien-
festen schnell, leicht u. billig an
Theodor Lack
Off. u. Buchh.
Langenbedding 8

Der Deutsche Guttempler-Orden (1067)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Brudertreue, um
unter Volk aufzuwachen zu führen. Er bekämpft den schädlichen Ein-
fluß geistiger Getränke und bereitet sich an allen Bestrebungen zur
Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund.
für kirchliche Evangelisation, Pflege
christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit
auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen
sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Es ist die ges-
son dir fordert,
und demütig sein

Not tut uns,
stehen ganz alle
geschlossen. Der
weiter und bleib
an einer Stelle
Stelle, die da in
tralen, ist Ame-
wegung menschl
Frauen und Kir-
mit der deutsche
drei Voraussetz

Die erste Vor-
Willen zeigen,
Amerika wird de
unerfüllbarer Ko
Schreiben über d
wenn nicht deut
wir trotz aller in
seten Verpflichtu
in unseren Kräf

Die zweite Vor-
dem alten Zickz
hiedern suchte un
morgen dort. D
sonderen, muß de
gewinnen. Dazu
einmal angenom
ehrlich eingehalte
auch rechts und
mögen.

Die dritte Vor-
allen Selbstent
aufhören und un
wirklich neutral
Kriege zu unterb
draußen, und na
wissen glauben
Dies zu erkennen,
einmütig nach sol

Für Deutsch
Senates keine je
Deutsch-Fremdli
über den Expres
helfen, geboren i
und das sollte au
es schließlich zur
ob Amerika doch
das wird im Grün
Halle werden die
wir unseren Ver
wahrscheinlich, au
sailer Vertrag g
rungen, die dann
werden müßten, a
in Amerika beschl
Halle mit einer
Rückung rechnen
das deutsche Sta